

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

„Brutale Herausforderungen“?

Wenn die CDU ankündigt, dass es auch in einer großen Koalition mit ihr keinen „Politikwechsel“ geben werde, so klingt das angesichts der Realitäten wie eine Drohung. Oswald Metzger, als früherer Grüner nicht gerade der Rechtsradikalität verdächtig, warnt: „Wer in Zeiten wie diesen, in denen die eigene Währung wegen des maßlosen Ausgaben-Gebarens von Euro-Mitgliedsstaaten in die Vertrauenskrise geraten ist, im eigenen Land nicht zum Kurswechsel aufruft, für weniger Staat und mehr Markt und Eigenverantwortung, der betrügt das Volk“. Und „Focus Money“ kommentiert: „Die Wähler lassen sich nur allzu gerne einlullen. Durch die milliardenschweren Versprechen der Volksbeglucker. Und die Gerechtigkeits-Verheißungen der Umverteiler. Viel weniger populär ist eine Wirtschaftspolitik, die sich ehrlich mit den brutalen Herausforderungen der Zukunft auseinandersetzt: Deutschland überaltert, kann sich diesen Sozialstaat nicht mehr lange leisten und schrumpft zu einer weltwirtschaftlichen Mittelmacht.“ In der Tat: Durch die von der Regierung Merkel betriebene Sozialdemokratisierung ist die CDU von der Volkspartei der Freiheit und Marktwirtschaft zum Herold der Gleichheit und der sozialen Vollkasko-Mentalität geworden. Mit der Fahne des Mittelstands und der Leistungsgerechtigkeit wird nur noch im Wahlkampf gewedelt. Gutmenschen, die Gerechtigkeit als Gleichheit missverstehen (wollen), bestimmen die Zukunft dieses Landes.

Beispielloser Druck

Das Dilemma der deutschen Euro-Politik hat Gunnar Beck, Professor für EU-Recht an der Universität London, kürzlich so erklärt: „Der Euro gilt als ein Teil eines historischen Heils- und (R)einigungsprozesses. Ein deutscher Regierungschef, der die geldpolitische Schlechtwitzveranstaltung vom Euro endlich abblasen würde, wäre beispiellosem internationalen politischen und medialem Druck ausgesetzt, würde als gefährlicher Nationalist verschrien, der nationales Interesse der nie endenden Aussöhnung und wesentlich vom deutschen Steuerzahler finanzierten Völkerverständigung voranstellte und Westeuropa in eine erneute Rezession stürzte. Hingegen kann sich jeder deutsche Regierungschef, der weiterhin gutes Steuergeld längst faulen Krediten hinterher wirft, allgemeinen Zuspruchs sicher wähnen, eingedenk Deutschlands nimmer endender historischer Verpflichtung, verantwortungsvoll und solidarisch gehandelt zu haben.“ Die europäischen Schuldenländer und die Brüsseler Eurokraten haben längst erkannt, wie einfach deutsche Regierungen mit diesen Stellschrauben unter Druck zu setzen sind.

Demokratische Defizite

Zur aktuellen Situation der Gewaltenteilung in Deutschland merkt Prof. Beck an: „Votiert ein Abgeordneter gegen die eigene Parteispitze, so riskiert er damit auch seinen Listenplatz. Strebt er nach einem höheren Amt, so muss er sich gehorsam zeigen, denn Aufstieg gibt es für die Mehrheit nur gegen Loyalität und Gehorsam. Kaum verwunderlich,

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

dass es in den letzten drei Jahrzehnten so gut wie keine parlamentarische Rebellion gegen eine amtierende Regierung gab. Genauso bedenklich wie die Gefügigkeit des Parlaments ist die Haltung des nominell unabhängigen Bundesverfassungsgerichts. Dessen Richter werden ausnahmslos auf Empfehlung einer der vier etablierten Bundesparteien ernannt, in der Hauptsache also von CDU/CSU und SPD. Die Willfährigkeit des Gerichts in allen bedeutenden außen-, europa- und budgetpolitischen Fragen ist dadurch gesichert.“ Beck kommt zu dem Ergebnis, dass die bundesdeutsche Kultur „unter einem bedrückenden Klima von politischer Korrektheit“ leide. Außerdem habe Deutschland auch zwei Generationen nach Kriegsende noch immer nicht seine staatliche Souveränität wiedererlangt, also „die Freiheit, seine eigenen nationalen Interessen nach Maßgabe der Mehrheitsmeinung der eigenen Bevölkerung unter Beachtung des Völkerrechts politisch zu vertreten und dem eigenen wirtschaftlichen und politischen Gewicht gemäß zur Geltung zu bringen.“

1,5 Billionen EUR

Die europäischen Finanzhilfen für die Krisenländer Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien belaufen sich – nach Berechnungen des IWF – bereits auf fast 1,5 Billionen EUR. Erstaun-

licherweise geht der Internationale Währungsfonds – anders als die meisten deutschen Ökonomen – davon aus, dass die Krisenländer ihre Schulden zurückzahlen würden. Und der IWF plädiert de facto dafür, dass im Euro-Raum dauerhaft ein fiskalisches Umverteilungssystem etabliert werden solle, von dem angeblich alle Euro-Länder profitieren würden. Weniger naiv-euphorisch bewertet William White, der frühere Chefökonom der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die Lage der Gemeinschaftswährung: „Jeder, der behauptet, dass die fundamentalen Probleme in Europa gelöst sind, belügt sich selbst und die Öffentlichkeit. Ein unvorhergesehenes Ereignis kann dafür sorgen, dass die Krise wieder aufflammt, und wenn man bedenkt, wie wacklig das Fundament ist, könnten die Konsequenzen weit schlimmer sein als viele erwarten.“ Und mit Blick auf die Droge des billigen Geldes stellt der Banker fest: „Ich weiß nicht, ob wir es überhaupt noch schaffen werden, die Weltwirtschaft zu stabilisieren, bevor es zu einer ganz großen Krise kommt. Vor fünf Jahren, nach dem Zusammenbruch von Lehman, war ich noch optimistischer. Aber in der Zwischenzeit hat die Welt sich zu sehr auf ultrabilliges Geld der Notenbanken verlassen. Wir bewegen uns auf einen Punkt zu, wo wir nichts mehr machen können.“